

## Entwurf

**Gesetz vom ....., mit dem das Burgenländische Landesbedienstetengesetz 2020, das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013, das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997, das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001, das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002, das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz, das Burgenländische Landesbezügegesetz, das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014, das Gemeindebediensteten-Überleitungsgesetz 2014, das Gemeindebedienstetengesetz 1971 und das Objektivierungsgesetz geändert werden (Bezügeanpassungsgesetz 2024)**

Der Landtag hat beschlossen:

### **Inhaltsverzeichnis**

- Artikel 1 Änderung des Burgenländischen Landesbedienstetengesetzes 2020
- Artikel 2 Änderung des Burgenländischen Landesvertragsbedienstetengesetzes 2013
- Artikel 3 Änderung des Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997
- Artikel 4 Änderung des Burgenländischen Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetzes 2001
- Artikel 5 Änderung des Burgenländischen Landesbeamten-Pensionsgesetzes 2002
- Artikel 6 Änderung des Burgenländischen Landesverwaltungsgerichtsgesetzes
- Artikel 7 Änderung des Burgenländischen Landesbezügegesetzes
- Artikel 8 Änderung des Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes 2014
- Artikel 9 Änderung des Gemeindebediensteten-Überleitungsgesetzes 2014
- Artikel 10 Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes 1971
- Artikel 11 Änderung des Objektivierungsgesetzes

### **Artikel 1**

#### **Änderung des Burgenländischen Landesbedienstetengesetzes 2020**

Das Burgenländische Landesbedienstetengesetz 2020 - Bgld. LBedG 2020, LGBl. Nr. 95/2019, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, wird wie folgt geändert:

*1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:*

*a) Nach dem Eintrag zu § 69 wird folgender Eintrag eingefügt:*

§ 69a Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt“

*b) Nach dem Eintrag zu § 136a werden folgende Einträge eingefügt:*

„§ 136b Marktzulage für bestimmte Gesundheitsberufe

§ 136c Zulage aufgrund des Dienstalters für bestimmte Assistenzberufe der Pflege

§ 136d Leitungszulage für bestimmte Gesundheitsberufe“

*2. In § 10 Abs 2 wird die Wortfolge „oder einer gänzlichen Familienhospizfreistellung (§ 70 Abs. 1 Z 3)“ durch die Wortfolge „, einer Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt (§ 69a) oder einer gänzlichen Familienhospizfreistellung (§ 70 Abs. 1 Z 3)“ ersetzt.*

3. In § 58 Abs. 4 Z 1 wird die Wortfolge „§ 70 Abs. 1 Z 3 (Familienhospiz) oder“ durch die Wortfolge „nach § 70 Abs. 1 Z 3 (Familienhospiz) oder nach § 69a (Rehabilitationsfreistellung) oder“ ersetzt.

4. Nach § 69 wird folgender § 69a eingefügt:

#### **„§ 69a**

##### **Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt**

(1) Die oder der Bedienstete, deren bzw. dessen eigenes Kind, Stief-, Wahl- oder Pflegekind oder leibliches Kind des anderen Ehegatten, eingetragenen Partners oder Lebensgefährten, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und dem vom zuständigen Träger der Sozialversicherung ein stationärer Aufenthalt im Rahmen einer Rehabilitationseinrichtung bewilligt wurde, hat für die Dauer von höchstens vier Wochen pro Kalenderjahr zum Zweck der notwendigen Begleitung des Kindes Anspruch auf Dienstfreistellung unter Entfall der Bezüge.

(2) Bedienstete, die eine Freistellung gemäß Abs. 1 in Anspruch nehmen wollen, haben die Bewilligung der Rehabilitation spätestens eine Woche nach deren Zugang dem Dienstgeber unter Bekanntgabe des Beginns und der Dauer der Rehabilitation vorzulegen.

(3) Eine gleichzeitige Inanspruchnahme der Freistellung durch beide Elternteile ist nicht zulässig, es sei denn, dass die Teilnahme beider Elternteile therapeutisch notwendig ist und vom zuständigen Sozialversicherungsträger bewilligt wurde. Im Fall der gleichzeitigen Inanspruchnahme der Freistellung darf deren Dauer insgesamt höchstens vier Wochen betragen. Die Freistellung kann zwischen den Betreuungspersonen geteilt werden, wobei ein Teil mindestens eine Woche zu betragen hat.

(4) Bei einem Nichtantritt der Rehabilitationsmaßnahme durch das Kind ist der Dienstgeber zu verständigen.

(5) Die Inanspruchnahme einer Freistellung nach § 69, § 88 Abs. 7 oder anderen Freistellungsmöglichkeiten wegen Dienstverhinderung in Kombination mit einer Freistellung gemäß Abs. 1 ist für diesen Anlassfall nicht zulässig.“

5. In § 78a Abs. 1 wird nach der Wortfolge „Pflegefreistellung nach § 69“ die Wortfolge „oder eine Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß § 69a“ eingefügt.

6. In § 79 Abs. 5 erster Satz wird die Wortfolge „mit Zusammenhang“ durch die Wortfolge „im Zusammenhang“ und die Wortfolge „einer anderen Modellstelle“ durch die Wortfolge „der ersten Modellstelle“ ersetzt.

7. In § 81 Abs. 1 wird der Betrag „14,50“ durch den Betrag „15,60“ ersetzt.

8. In § 87 Abs. 6 wird der Punkt am Ende der Z 6 durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z 7 angefügt:  
„7. der Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß § 69a.“

9. In § 87 Abs. 8 wird nach dem Zitat „Abs. 6 Z 1 bis 3“ das Zitat „und Z 7“ und nach der Wortfolge „oder Dienstfreistellung“ die Wortfolge „, Dienstfreistellung oder Rehabilitationsfreistellung“ eingefügt.

10. In § 107 Abs. 8 wird das Wort „oder“ am Ende der Z 5 durch einen Beistrich und der Punkt am Ende der Z 6 durch das Wort „oder“ ersetzt; folgende Z 7 wird angefügt:

„7. einer Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß § 69a“

11. In § 107 Abs. 10 wird das Zitat „Abs. 8 Z 4 bis 6“ durch das Zitat „Abs. 8 Z 4 bis 7“ ersetzt.

12. In § 110 Abs. 3 entfällt die Wortfolge „ohne wichtigen Grund vorzeitig austritt oder“.

13. In § 110 wird nach Abs. 3 folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses durch unberechtigten vorzeitigen Austritt sind die Abs. 1 und 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass für die fünfte und sechste Woche des Anspruchs auf Erholungsurlaub aus dem laufenden Urlaubsjahr keine Ersatzleistung gebührt.“

14. In § 110 Abs. 7 wird das Zitat „Abs. 1, 2, 5 und 6“ durch das Zitat „Abs. 1, 2, 3a, 5 und 6“ ersetzt.

15. In § 116 Abs. 7 entfällt die Wortfolge „ohne wichtigen Grund vorzeitig austritt oder“ und folgender zweiter Satz wird angefügt:

„Im Fall eines unberechtigten vorzeitigen Austritts der Verwaltungspraktikantin oder des Verwaltungspraktikanten gebührt keine Ersatzleistung für einen allenfalls bestehenden

Freistellungsanspruch über die vierte Woche des Anspruchs auf Freistellung aus dem laufenden Urlaubsjahr.“

16. In § 116 Abs. 8 wird das Zitat „Abs. 5 und 6“ durch das Zitat „Abs. 5, 6 und 7“ ersetzt.

17. Nach § 136a werden folgende §§ 136b bis 136d eingefügt:

### **„§ 136b**

#### **Marktzulage für bestimmte Gesundheitsberufe**

(1) Im Gehaltsschema B2 gebührt - soweit im Folgenden nicht anderes bestimmt ist - den Bediensteten der Berufsfamilien „Pflege“ und „Medizinisch-Technischer Dienst/Hebammen“ eine Marktzulage gemäß Abs. 2.

(2) Die Marktzulage beträgt monatlich

1. in den Gehaltsbändern B 2/6	€ 135,50
2. in den Gehaltsbändern B 2/7 bis B 2/8	€ 150,00
3. in den Gehaltsbändern B 2/9 bis B 2/10	€ 420,00
4. in den Gehaltsbändern B 2/11 bis B 2/14	€ 300,00

(3) Soweit in diesem Gesetz Ansprüche nach dem Monatsbezug zu bemessen sind, ist die Marktzulage nur für die Sonderzahlung (§ 80) und die Bezugsfortzahlung bei Dienstverhinderung (§ 88) zu berücksichtigen.

(4) Bei der Ermittlung der Grundvergütung für die Bemessung einer Überstundenvergütung (§ 92), einer Sonn- und Feiertagsvergütung (§ 93) oder einer Treueprämie (§ 103) ist die Marktzulage nicht zu berücksichtigen.

(5) Die Marktzulage gemäß Abs. 2 gebührt in aliquotem Ausmaß und bei einem Beschäftigungsausmaß von mindestens 20 Wochenstunden. Abweichend davon gebührt die Marktzulage aliquot, wenn ein Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung nach dem Bgld. MVKG, Herabsetzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit zur Betreuung eines Kindes (§ 49), Pflegezeit (§ 52) oder Wiedereingliederungsteilzeit (§ 53) besteht.

(6) Der auf die Fortführung der Erhöhung des Entgelts von Pflege- und Betreuungspersonal im Sinne des § 3 Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz – EEZG, BGBl. I Nr. 104/2022, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 13/2023, entfallende Anteil der Marktzulage ist gegenüber begünstigten Personen gesondert auszuweisen.

### **§ 136c**

#### **Zulage aufgrund des Dienstalters für bestimmte Assistenzberufe der Pflege**

(1) Im Gehaltsschema B2 gebührt - soweit im Folgenden nicht anderes bestimmt ist - Bediensteten der Modellfunktion „Assistenzberufe der Pflege“ eine Zulage aufgrund des Dienstalters gemäß Abs. 2.

(2) Hat die oder der Bedienstete die Gehaltsstufe 11 im Gehaltsband B 2/6 oder B 2/7 erreicht, gebührt ihr oder ihm eine Zulage in Höhe von 120,00 Euro monatlich mit Wirksamkeit des der Vollendung der Verweildauer folgenden Monatsersten.

(3) Soweit in diesem Gesetz Ansprüche nach dem Monatsbezug zu bemessen sind, ist die Zulage aufgrund des Dienstalters nur für die Sonderzahlung (§ 80) und die Bezugsfortzahlung bei Dienstverhinderung (§ 88) zu berücksichtigen.

(4) Bei der Ermittlung der Grundvergütung für die Bemessung einer Überstundenvergütung (§ 92), einer Sonn- und Feiertagsvergütung (§ 93) oder einer Treueprämie (§ 103) ist die Zulage aufgrund des Dienstalters nicht zu berücksichtigen.

(5) Die Zulage aufgrund des Dienstalters gemäß Abs. 2 gebührt in aliquotem Ausmaß und bei einem Beschäftigungsausmaß von mindestens 20 Wochenstunden. Abweichend davon gebührt die Zulage aufgrund des Dienstalters aliquot, wenn ein Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung nach dem Bgld. MVKG, Herabsetzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit zur Betreuung eines Kindes (§ 49), Pflegezeit (§ 52) oder Wiedereingliederungsteilzeit (§ 53) besteht.

## § 136d

### Leitungszulage für bestimmte Gesundheitsberufe

(1) Im Gehaltsschema B2 gebührt - soweit im Folgenden nicht anderes bestimmt ist - Bediensteten der Modellfunktionen „Mittleres und Basales Pflegemanagement“ sowie „Leitung Gehobener Medizinisch-Technischer Dienst/Leitung Hebammen“ eine Leitungszulage gemäß Abs. 2.

(2) Die Leitungszulage beträgt monatlich

- |                          |          |
|--------------------------|----------|
| 1. für Leitungen         | € 300,00 |
| 2. für Stellvertretungen | € 150,00 |

(3) Soweit in diesem Gesetz Ansprüche nach dem Monatsbezug zu bemessen sind, ist die Leitungszulage nur für die Sonderzahlung (§ 80) und die Bezugsfortzahlung bei Dienstverhinderung (§ 88) zu berücksichtigen.

(4) Bei der Ermittlung der Grundvergütung für die Bemessung einer Überstundenvergütung (§ 92), einer Sonn- und Feiertagsvergütung (§ 93) oder einer Treueprämie (§ 103) ist die Leitungszulage nicht zu berücksichtigen.

(5) Die Leitungszulage gemäß Abs. 2 gebührt in aliquotem Ausmaß und bei einem Beschäftigungsausmaß von mindestens 20 Wochenstunden. Abweichend davon gebührt die Leitungszulage aliquot, wenn ein Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung nach dem Bgld. MVKG, Herabsetzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit zur Betreuung eines Kindes (§ 49), Pflgeteilzeit (§ 52) oder Wiedereingliederungsteilzeit (§ 53) besteht.“

*18. In § 137 Abs. 8 wird die Wortfolge „zum Zeitpunkt“ durch die Wortfolge „am Tag vor“ ersetzt.*

*19. § 141 Abs. 1 lautet:*

„(1) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
2. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 88/2023,
3. Arbeitsverfassungsgesetz - ArbVG, BGBl. Nr. 22/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 60/2023,
4. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 - APSG, BGBl. Nr. 683/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 78/2021,
5. Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG, BGBl. Nr. 459/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
6. Arzneimittelgesetz - AMG, BGBl. Nr. 185/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 193/2023,
7. Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998, BGBl. I Nr. 169/1988, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 195/2023,
8. Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG), BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 185/2022,
9. Berufsausbildungsgesetz - BAG, BGBl. Nr. 142/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2023,
10. Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz - BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 199/2021,
11. Betriebspensionengesetz - BPG, BGBl. Nr. 282/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
12. Bundespflegegeldgesetz - BPGG, BGBl. Nr. 110/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 170/2023,
13. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2021 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 161/2017,
14. Einkommensteuergesetz 1988 - EStG 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
15. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2018,

16. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
17. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - GuKG, BGBl. I Nr. 108/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 108/2023,
18. Heeresentschädigungsgesetz - HEG, BGBl. I Nr. 162/2015, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
19. Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz - KA-AZG, BGBl. Nr. 8/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 15/2022,
20. Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 - KOVG 1957, BGBl. Nr. 152/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
21. Landesvertragslehrpersonengesetz 1966 - LVG, BGBl. Nr. 172/1966, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 137/2022,
22. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz - LLDG 1985, BGBl. Nr. 296/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
23. Medizinproduktegesetz 2021, BGBl. Nr. 122/2021, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 27/2023,
24. Mietrechtsgesetz - MRG, BGBl. Nr. 520/1981, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 176/2023,
25. Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
26. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
27. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023,
28. Schulzeitgesetz 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 96/2022,
29. Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2023,
30. Strafprozeßordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 182/2023,
31. Strafregistergesetz 1968, BGBl. Nr. 277/1968, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 223/2022,
32. Universitätsgesetz 2002 - UG, BGBl. I Nr. 120/2002, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2023,
33. Unvereinbarkeit- und Transparenz-Gesetz (Unv-Transparenz-G), BGBl. Nr. 330/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 70/2021,
34. Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 - VVG, BGBl. Nr. 53/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 14/2022,
35. Wehrgesetz 2001 - WG 2001, BGBl. I Nr. 146/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 207/2022,
36. Zivildienstgesetz 1986 - ZDG, BGBl. Nr. 679/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 208/2022,
37. Zustellgesetz - ZustG, BGBl. Nr. 200/1982, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 205/2022.“

20. Dem § 144 wird folgender Abs. 15 angefügt:

„(15) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. das Inhaltsverzeichnis, §§ 136b bis 136d und die **Anlage 2** mit 1. Jänner 2024,
2. § 58 Abs. 4, § 69a, § 78a Abs. 1, § 79 Abs. 5, § 87 Abs. 6 und 8, § 107 Abs. 8 und 10, § 110 Abs. 3, 3a und 7, § 116 Abs. 7 und 8, § 137 Abs. 8 und § 141 Abs. 1 sowie die **Anlage 1** mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag,
3. § 81 Abs. 1 mit dem auf die Kundmachung folgenden Monatsersten.“

21. Die Anlage 1 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 101/2023 wird durch die Anlage 1 des vorliegenden Gesetzes ersetzt.

22. Die Anlage 2 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 17/2023 wird durch die Anlage 2 des vorliegenden Gesetzes ersetzt.

## Artikel 2

### Änderung des Burgenländischen Landesvertragsbedienstetengesetzes 2013

Das Burgenländische Landesvertragsbedienstetengesetz 2013 - Bgld. LVBG 2013, LGBl. Nr. 57/2013, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach dem Eintrag zu § 69 folgender Eintrag eingefügt:

§ 69a Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt“

2. Die Tabelle in § 22 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
	Euro				
1	€ 3.262,47	€ 2.685,99	€ 2.442,07	€ 2.362,43	€ 2.287,32
2	€ 3.326,52	€ 2.734,33	€ 2.483,82	€ 2.394,73	€ 2.306,19
3	€ 3.390,68	€ 2.783,23	€ 2.525,02	€ 2.427,14	€ 2.325,18
4	€ 3.510,09	€ 2.833,77	€ 2.566,55	€ 2.459,22	€ 2.343,53
5	€ 3.585,46	€ 2.885,95	€ 2.607,86	€ 2.491,52	€ 2.362,40
6	€ 3.694,67	€ 2.956,00	€ 2.649,50	€ 2.523,82	€ 2.381,48
7	€ 3.809,76	€ 3.012,26	€ 2.690,81	€ 2.555,91	€ 2.400,26
8	€ 3.919,41	€ 3.086,31	€ 2.732,46	€ 2.587,88	€ 2.418,95
9	€ 4.067,75	€ 3.202,82	€ 2.786,51	€ 2.626,08	€ 2.438,01
10	€ 4.176,74	€ 3.305,22	€ 2.829,47	€ 2.658,16	€ 2.456,81
11	€ 4.285,62	€ 3.449,22	€ 2.888,65	€ 2.690,25	€ 2.475,59
12	€ 4.409,00	€ 3.558,54	€ 2.934,79	€ 2.722,33	€ 2.494,27
13	€ 4.508,70	€ 3.667,53	€ 2.982,48	€ 2.754,52	€ 2.513,13
14	€ 4.615,40	€ 3.776,63	€ 3.031,04	€ 2.794,51	€ 2.531,82
15	€ 4.745,80	€ 3.886,06	€ 3.080,04	€ 2.827,91	€ 2.550,82
16	€ 4.876,70	€ 3.995,93	€ 3.128,93	€ 2.862,74	€ 2.569,57
17	€ 5.007,90	€ 4.104,82	€ 3.179,80	€ 2.897,67	€ 2.588,57
18	€ 5.138,90	€ 4.214,58	€ 3.229,90	€ 2.941,22	€ 2.607,68
19	€ 5.237,30	€ 4.323,79	€ 3.289,66	€ 2.979,01	€ 2.626,47
20	-	€ 4.370,43	€ 3.339,87	€ 3.016,59	€ 2.645,33
21	-	-	€ 3.364,81	€ 3.035,71	€ 2.654,65

3. Die Tabelle in § 24 Abs. 1 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p1	p2	p3	p4	p5
	Euro				
1	€ 2.451,52	€ 2.409,56	€ 2.371,32	€ 2.331,22	€ 2.290,90
2	€ 2.493,16	€ 2.445,60	€ 2.403,30	€ 2.356,49	€ 2.309,47
3	€ 2.535,02	€ 2.481,52	€ 2.435,82	€ 2.381,98	€ 2.327,93
4	€ 2.576,77	€ 2.517,34	€ 2.468,67	€ 2.407,03	€ 2.346,38
5	€ 2.618,41	€ 2.553,27	€ 2.501,08	€ 2.432,30	€ 2.364,29
6	€ 2.660,71	€ 2.589,09	€ 2.533,05	€ 2.457,68	€ 2.382,86
7	€ 2.702,57	€ 2.624,58	€ 2.565,14	€ 2.483,06	€ 2.401,43
8	€ 2.744,43	€ 2.660,39	€ 2.597,66	€ 2.508,55	€ 2.419,56
9	€ 2.786,51	€ 2.696,43	€ 2.630,07	€ 2.533,71	€ 2.438,02
10	€ 2.834,40	€ 2.736,85	€ 2.665,63	€ 2.563,95	€ 2.460,99
11	€ 2.880,10	€ 2.772,99	€ 2.698,40	€ 2.589,65	€ 2.479,76

12	€ 2.927,58	€ 2.810,25	€ 2.730,80	€ 2.615,34	€ 2.498,53
13	€ 2.977,17	€ 2.849,29	€ 2.763,38	€ 2.640,82	€ 2.517,08
14	€ 3.026,39	€ 2.888,84	€ 2.796,41	€ 2.666,63	€ 2.535,85
15	€ 3.079,37	€ 2.932,70	€ 2.832,81	€ 2.695,75	€ 2.557,62
16	€ 3.130,00	€ 2.975,43	€ 2.868,13	€ 2.721,46	€ 2.576,22
17	€ 3.181,35	€ 3.017,99	€ 2.904,57	€ 2.747,77	€ 2.595,06
18	€ 3.232,82	€ 3.060,56	€ 2.942,14	€ 2.774,25	€ 2.614,10
19	€ 3.284,24	€ 3.103,84	€ 2.980,27	€ 2.800,57	€ 2.632,83
20	€ 3.335,27	€ 3.147,62	€ 3.018,64	€ 2.827,62	€ 2.651,71
21	€ 3.361,13	€ 3.169,64	€ 3.037,93	€ 2.841,62	€ 2.661,34

4. In § 53 Abs. 3 Z 1 wird die Wortfolge „einer Dienstfreistellung gemäß § 43 oder § 71“ durch die Wortfolge „einer Dienstfreistellung gemäß §§ 43, 69a oder 71“ ersetzt.

5. In § 61 Abs. 3 entfällt die Wortfolge „ohne wichtigen Grund vorzeitig austritt“.

6. In § 61 wird nach Abs. 3 folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses durch unberechtigten vorzeitigen Austritt sind die Abs. 1 und 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass für die fünfte und sechste Woche des Anspruchs auf Erholungsurlaub aus dem laufenden Urlaubsjahr keine Ersatzleistung gebührt.“

7. In § 61 Abs. 7 wird das Zitat „Abs. 1, 2, 5 und 6“ durch das Zitat „Abs. 1, 2, 3a, 5 und 6“ ersetzt.

8. Nach § 69 wird folgender § 69a eingefügt:

#### **„§ 69a**

##### **Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt**

(1) Die oder der Vertragsbedienstete, deren bzw. dessen eigenes Kind, Stief-, Wahl- oder Pflegekind oder leibliches Kind des anderen Ehegatten, eingetragenen Partners oder Lebensgefährten, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und dem vom zuständigen Träger der Sozialversicherung ein stationärer Aufenthalt im Rahmen einer Rehabilitationseinrichtung bewilligt wurde, hat für die Dauer von höchstens vier Wochen pro Kalenderjahr zum Zweck der notwendigen Begleitung des Kindes Anspruch auf Dienstfreistellung unter Entfall der Bezüge.

(2) Vertragsbedienstete, die eine Freistellung gemäß Abs. 1 in Anspruch nehmen wollen, haben die Bewilligung der Rehabilitation spätestens eine Woche nach deren Zugang dem Dienstgeber unter Bekanntgabe des Beginns und der Dauer der Rehabilitation vorzulegen.

(3) Eine gleichzeitige Inanspruchnahme der Freistellung durch beide Elternteile ist nicht zulässig, es sei denn, dass die Teilnahme beider Elternteile therapeutisch notwendig ist und vom zuständigen Sozialversicherungsträger bewilligt wurde. Im Fall der gleichzeitigen Inanspruchnahme der Freistellung darf deren Dauer insgesamt höchstens vier Wochen betragen. Die Freistellung kann zwischen den Betreuungspersonen geteilt werden, wobei ein Teil mindestens eine Woche zu betragen hat.

(4) Bei einem Nichtantritt der Rehabilitationsmaßnahme durch das Kind ist der Dienstgeber zu verständigen.

(5) Die Inanspruchnahme einer Freistellung nach § 48 Abs. 7, § 69, oder anderen Freistellungsmöglichkeiten wegen Dienstverhinderung in Kombination mit einer Freistellung gemäß Abs. 1 ist für diesen Anlassfall nicht zulässig.

(6) Auf die Zeit der Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt ist § 66 Abs. 2 sinngemäß anzuwenden.“

9. In § 71a Abs. 1 wird die Wortfolge „einen Frühkarenzurlaub nach § 64 oder eine Pflegefreistellung nach § 69 beantragt“ durch die Wortfolge „einen Frühkarenzurlaub nach § 64, eine Pflegefreistellung nach § 69 oder eine Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß § 69a beantragt“ ersetzt.

10. In § 78 Abs. 7 wird das Wort „oder“ am Ende der Z 5 durch einen Beistrich ersetzt; am Ende der Z 6 wird ein Beistrich eingefügt und folgende Z 7 angefügt:

„7. einer Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß § 69a“

11. In § 78 Abs. 9 wird das Zitat „Abs. 7 Z 4 bis 6“ durch das Zitat „Abs. 7 Z 4 bis 7“ ersetzt.

12. Die Tabelle in § 87 Abs. 1 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe			
	s1	s2	s3	s4
	Euro			
1	€ 5.227,70	€ 4.087,80	€ 3.930,70	€ 3.862,20
2	€ 5.227,70	€ 4.087,80	€ 4.000,40	€ 3.931,40
3	€ 5.227,70	€ 4.105,50	€ 4.070,20	€ 4.010,60
4	€ 5.227,70	€ 4.176,10	€ 4.139,80	€ 4.081,10
5	€ 5.227,70	€ 4.258,30	€ 4.221,40	€ 4.162,30
6	€ 5.227,70	€ 4.408,50	€ 4.356,30	€ 4.276,40
7	€ 5.258,20	€ 4.545,40	€ 4.491,20	€ 4.354,50
8	€ 5.380,40	€ 4.712,40	€ 4.655,60	-
9	€ 5.511,80	€ 4.829,40	€ 4.775,50	-
10	€ 5.722,10	€ 4.951,00	€ 4.895,20	-
11	€ 5.883,20	€ 5.072,20	€ 4.985,10	-
12	€ 6.056,00	€ 5.194,30	-	-
13	€ 6.245,60	€ 5.316,20	-	-
14	€ 6.408,80	€ 5.446,80	-	-
15	€ 6.571,30	€ 5.605,50	-	-
16	€ 6.739,40	€ 5.763,90	-	-
17	€ 6.943,90	€ 5.923,40	-	-
18	€ 7.189,80	€ 6.082,20	-	-
19	€ 7.327,00	€ 6.201,40	-	-

13. Die Tabelle in § 98 Abs. 1 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe 11
	Euro
1	€ 3.520,90
2	€ 3.617,16
3	€ 3.751,98
4	€ 3.980,85
5	€ 4.218,59
6	€ 4.454,33
7	€ 4.686,30
8	€ 4.927,14
9	€ 5.166,20
10	€ 5.388,54
11	€ 5.626,38
12	€ 5.843,90
13	€ 6.058,60
14	€ 6.271,80
15	€ 6.496,10
16	€ 6.699,30
17	€ 6.801,20
18	€ 7.106,20
19	-

14. Die Tabelle in § 110 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe 12a2
-------------------------	-------------------------------



	Euro
1	€ 3.243,50
2	€ 3.321,82
3	€ 3.400,37
4	€ 3.499,07
5	€ 3.667,90
6	€ 3.861,32
7	€ 4.060,84
8	€ 4.283,06
9	€ 4.506,06
10	€ 4.731,83
11	€ 4.958,04
12	€ 5.183,70
13	€ 5.409,69
14	€ 5.629,59
15	€ 5.815,50
16	€ 6.009,40
17	€ 6.207,70
18	€ 6.347,10
19	-

15. § 126 lautet:

#### „§ 126

#### **Verweisung auf Bundesgesetze**

Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
2. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 88/2023,
3. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 - APSG, BGBl. Nr. 683/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 78/2021,
4. Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG, BGBl. Nr. 459/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
5. Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG), BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 185/2022,
6. Berufsausbildungsgesetz - BAG, BGBl. Nr. 142/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2023,
7. Bundespflegegeldgesetz - BPGG, BGBl. Nr. 110/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 170/2023,
8. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2021 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 161/2017,
9. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2018,
10. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
11. Heeresentschädigungsgesetz - HEG, BGBl. I Nr. 162/2015, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
12. Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 - KOVG 1957, BGBl. Nr. 152/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
13. Landesvertragslehrpersonengesetz 1966 - LVG, BGBl. Nr. 172/1966, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 137/2022,

14. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz - LLDG 1985, BGBl. Nr. 296/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
15. Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
16. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
17. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023,
18. Schulzeitgesetz 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 96/2022,
19. Strafprozeßordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 182/2023,
20. Strafregistergesetz 1968, BGBl. Nr. 277/1968, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 223/2022,
21. Universitätsgesetz 2002 - UG, BGBl. I Nr. 120/2002, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2023,
22. Wehrgesetz 2001 - WG 2001, BGBl. I Nr. 146/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 207/2022,
23. Zivildienstgesetz 1986 - ZDG, BGBl. Nr. 679/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 208/2022,
24. Zustellgesetz - ZustG, BGBl. Nr. 200/1982, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 205/2022.“

16. Dem § 129 wird folgender Abs. 23 angefügt:

„(23) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 22 Abs. 1, § 24 Abs. 1, § 87 Abs. 1 § 98 Abs. 1 und § 110 mit 1. Jänner 2024 in Kraft.
2. das Inhaltsverzeichnis, § 53 Abs. 3, § 61 Abs. 3, 3a und 7, § 69a, § 71a Abs. 1, § 78 Abs. 7 und 9 und § 126 mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag.“

### **Artikel 3**

#### **Änderung des Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997**

Das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 - LBDG 1997, LGBl. Nr. 17/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach dem Eintrag zu § 96b folgender Eintrag eingefügt:  
§ 96c Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt“
2. In § 11 Abs. 5 wird das Wort „oder“ am Ende der Z 5 durch einen Beistrich ersetzt und das Wort „oder“ am Ende der Z 6 eingefügt; folgende Z 7 wird angefügt:  
„7. einer Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt nach § 96c“
3. In § 11 Abs. 7 wird das Zitat „Abs. 5 Z 4 bis 6“ durch das Zitat „Abs. 5 Z 4 bis 7“ ersetzt.
4. In § 81 Abs. 3 Z 1 wird die Wortfolge „einer Dienstfreistellung gemäß §§ 96a oder 96b“ durch die Wortfolge „einer Dienstfreistellung gemäß §§ 96a, 96b oder 96c“ ersetzt.
5. Nach § 96b wird folgender § 96c eingefügt:

#### **„§ 96c**

##### **Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt**

(1) Der Beamte, dessen eigenes Kind, Stief-, Wahl- oder Pflegekind oder leibliches Kind des anderen Ehegatten, eingetragenen Partners oder Lebensgefährten, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und dem vom zuständigen Träger der Sozialversicherung ein stationärer Aufenthalt im Rahmen einer Rehabilitationseinrichtung bewilligt wurde, hat für die Dauer von höchstens vier Wochen pro Kalenderjahr zum Zweck der notwendigen Begleitung des Kindes Anspruch auf Dienstfreistellung unter Entfall der Bezüge.

(2) Beamte, die eine Freistellung gemäß Abs. 1 in Anspruch nehmen wollen, haben die Bewilligung der Rehabilitation spätestens eine Woche nach deren Zugang dem Dienstgeber unter Bekanntgabe des Beginns und der Dauer der Rehabilitation vorzulegen.

(3) Eine gleichzeitige Inanspruchnahme der Freistellung durch beide Elternteile ist nicht zulässig, es sei denn, dass die Teilnahme beider Elternteile therapeutisch notwendig ist und vom zuständigen Sozialversicherungsträger bewilligt wurde. Im Fall der gleichzeitigen Inanspruchnahme der Freistellung darf deren Dauer insgesamt höchstens vier Wochen betragen. Die Freistellung kann zwischen den Betreuungspersonen geteilt werden, wobei ein Teil mindestens eine Woche zu betragen hat.

(4) Bei einem Nichtantritt der Rehabilitationsmaßnahme durch das Kind ist der Dienstgeber zu verständigen.

(5) Die Inanspruchnahme einer Freistellung nach § 96 oder anderen Freistellungsmöglichkeiten wegen Dienstverhinderung in Kombination mit einer Freistellung gemäß Abs. 1 ist für diesen Anlassfall nicht zulässig.“

6. In § 98a Abs. 1 wird nach der Wortfolge „oder eine Pflegefreistellung nach § 96“ die Wortfolge „oder § 96c“ eingefügt.

7. § 197 Abs. 3 lautet:

„(3) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
2. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 - APSG, BGBl. Nr. 683/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 78/2021,
3. Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998, BGBl. I Nr. 169/1998, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 195/2023,
4. Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 - BDG 1979, BGBl. Nr. 333/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
5. Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG), BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 185/2022,
6. Berufsausbildungsgesetz - BAG, BGBl. Nr. 142/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2023,
7. Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 99/2018,
8. Gesetz über das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung - BAK-G, BGBl. I Nr. 72/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2023,
9. Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz - BLVG, BGBl. Nr. 244/1965, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 153/2020,
10. Bundespflegegeldgesetz - BPGG, BGBl. Nr. 110/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 170/2023,
11. Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984 - DVG, BGBl. Nr. 29/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 153/2020,
12. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, in der Fassung des Bundesgesetz BGBl. I Nr. 86/2021 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 161/2017,
13. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2018,
14. Fachhochschul-Studiengesetz - FHStG, BGBl. Nr. 340/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 77/2020,
15. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
16. Gebührenanspruchsgesetz - GebAG, BGBl. Nr. 136/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 202/2021,
17. Gehaltsgesetz 1956 - GehG, BGBl. Nr. 54/1956, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023,
18. Gewerbeordnung 1994 - GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 204/2022 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 75/2023 (VfGH),

19. Heeresversorgungsgesetz, BGBl. Nr. 27/1964, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015,
20. Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 - KOVG 1957, BGBl. Nr. 152/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
21. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LDG 1984, BGBl. Nr. 302/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023,
22. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LLDG 1985, BGBl. Nr. 296/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
23. Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz), BGBl. Nr. 460/1992, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 82/2022,
24. Meldegesetz 1991 - MeldeG, BGBl. Nr. 9/1992, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 160/2023,
25. Mietrechtsgesetz - MRG, BGBl. Nr. 520/1981, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 176/2023,
26. Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste (MTF-SHD-G), BGBl. Nr. 102/1961, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 89/2012,
27. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
28. Pensionsgesetz 1965 - PG 1965, BGBl. Nr. 340/1965, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 134/2023,
29. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023,
30. Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2023,
31. Strafprozessordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 182/2023,
32. Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2009,
33. Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 48/1997,
34. Überbrückungshilfengesetz - ÜHG, BGBl. Nr. 174/1963, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 153/2020,
35. Universitätsgesetz 2002 - UG, BGBl. I Nr. 120/2002, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2023,
36. Universitäts-Studiengesetz - UniStG, BGBl. I Nr. 48/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2009,
37. Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz (Unv-Transparenz-G), BGBl. Nr. 330/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 70/2021,
38. Zustellgesetz - ZustG, BGBl. Nr. 200/1982, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 205/2022.“

8. Dem § 199 wird folgender Abs. 14 angefügt:

„(14) Das Inhaltsverzeichnis, § 11 Abs. 5 und 7, § 81 Abs. 3, § 96c, § 98a Abs. 1 und § 197 Abs. 3 in der Fassung des Gesetzes LGBl Nr. xx/xxxx treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

#### **Artikel 4**

#### **Änderung des Burgenländischen Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetzes 2001**

Das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 - LBBG 2001, LGBl. Nr. 67/2001, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 102/2023, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 4 wird der Betrag „90,37“ durch den Betrag „79,395“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 1 wird der Betrag „14,5“ durch den Betrag „15,6“ ersetzt.
3. In § 12a Abs. 4 wird nach dem Zitat „§ 96a Abs. 1 Z 3“ die Wortfolge „oder § 96c“ eingefügt und das Wort „dienstfrei“ durch das Wort „dienstfrei“ ersetzt.

4. In § 35 Abs. 11 Z 2 wird nach dem Zitat „§ 96a Abs. 1 Z 3“ die Wortfolge „oder § 96c“ eingefügt.

5. Die Tabelle in § 41 Abs. 4 lautet:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
	E	D	C	B	A
	Euro				
1	€ 2.257,60	€ 2.330,50	€ 2.404,00	€ 2.624,58	€ 3.169,14
2	€ 2.276,16	€ 2.360,78	€ 2.444,30	€ 2.675,12	€ 3.269,05
3	€ 2.294,63	€ 2.391,16	€ 2.484,71	€ 2.725,12	€ 3.369,17
4	€ 2.313,09	€ 2.421,44	€ 2.525,11	€ 2.775,97	€ 3.469,39
5	€ 2.331,34	€ 2.451,40	€ 2.565,52	€ 2.829,04	€ 3.569,51
6	€ 2.350,01	€ 2.481,47	€ 2.605,50	€ 2.884,22	€ 3.669,53
7	€ 2.368,48	€ 2.511,85	€ 2.646,02	€ 3.007,23	€ 3.769,12
8	€ 2.386,83	€ 2.542,34	€ 2.686,00	€ 3.117,69	€ 3.869,34
9	€ 2.405,51	€ 2.572,83	€ 2.726,62	€ 3.217,81	€ 3.969,46
10	€ 2.423,97	€ 2.602,90	€ 2.767,13	€ 3.317,72	€ 4.069,48
11	€ 2.442,43	€ 2.632,97	€ 2.808,91	€ 3.418,26	€ 4.169,17
12	€ 2.460,68	€ 2.663,03	€ 2.887,93	€ 3.517,95	€ 4.277,00
13	€ 2.479,15	€ 2.693,10	€ 2.994,06	€ 3.618,29	€ 4.407,71
14	€ 2.497,82	€ 2.723,70	€ 3.091,44	€ 3.717,77	€ 4.538,53
15	€ 2.516,18	€ 2.753,97	€ 3.191,35	€ 3.817,89	€ 4.669,46
16	€ 2.534,85	€ 2.811,05	€ 3.291,36	€ 3.918,12	€ 4.801,01
17	€ 2.553,31	€ 2.895,24	€ 3.391,58	€ 4.018,34	€ 4.933,10
18	€ 2.572,09	€ 3.000,53	€ 3.491,81	€ 4.118,14	€ 5.031,64
19	€ 2.595,30	€ 3.063,72	€ 3.591,61	€ 4.217,95	€ 5.081,01
20	€ 2.609,33	-	€ 3.716,52	€ 4.242,74	€ 5.228,92
21	-	-	€ 3.791,43	€ 4.355,10	-
22	-	-	-	€ 4.392,55	-

6. Die Tabelle in § 41 Abs. 5 lautet:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
	P1	P2	P3	P4	P5
	Euro				
1	€ 2.404,00	€ 2.365,63	€ 2.330,50	€ 2.293,68	€ 2.257,60
2	€ 2.444,30	€ 2.399,39	€ 2.360,78	€ 2.317,41	€ 2.276,16
3	€ 2.484,71	€ 2.432,94	€ 2.391,16	€ 2.340,84	€ 2.294,63
4	€ 2.525,11	€ 2.466,80	€ 2.421,44	€ 2.364,26	€ 2.313,09
5	€ 2.565,52	€ 2.500,46	€ 2.451,40	€ 2.387,47	€ 2.331,34
6	€ 2.605,50	€ 2.534,01	€ 2.481,47	€ 2.411,10	€ 2.350,01
7	€ 2.646,02	€ 2.567,24	€ 2.511,85	€ 2.434,84	€ 2.368,48
8	€ 2.686,00	€ 2.601,00	€ 2.542,34	€ 2.458,26	€ 2.386,83
9	€ 2.726,62	€ 2.634,65	€ 2.572,83	€ 2.481,68	€ 2.405,51
10	€ 2.767,13	€ 2.668,10	€ 2.602,90	€ 2.505,52	€ 2.423,97
11	€ 2.808,91	€ 2.701,86	€ 2.632,97	€ 2.529,05	€ 2.442,43
12	€ 2.852,27	€ 2.735,62	€ 2.663,03	€ 2.552,57	€ 2.460,68
13	€ 2.897,32	€ 2.769,06	€ 2.693,10	€ 2.575,89	€ 2.479,15
14	€ 2.933,08	€ 2.803,88	€ 2.723,70	€ 2.599,63	€ 2.497,82
15	€ 2.994,06	€ 2.840,06	€ 2.753,97	€ 2.622,84	€ 2.516,18
16	€ 3.091,44	€ 2.894,39	€ 2.811,05	€ 2.646,36	€ 2.534,85
17	€ 3.191,35	€ 2.966,66	€ 2.895,24	€ 2.669,89	€ 2.553,31
18	€ 3.291,36	€ 3.057,18	€ 3.000,53	€ 2.693,73	€ 2.572,09

19	€ 3.391,58	€ 3.112,04	€ 3.063,72	€ 2.723,17	€ 2.595,30
20	€ 3.491,81	-	-	€ 2.741,00	€ 2.609,33
21	€ 3.591,61	-	-	-	-
22	€ 3.716,52	-	-	-	-
23	€ 3.791,43	-	-	-	-

7. Die Tabelle in § 41 Abs. 6 lautet:

in der Gehalts- stufe	in der Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Euro					
1	-	-	€ 4.047,47	€ 4.770,56	€ 6.191,86	€ 8.477,10
2	-	€ 3.544,30	€ 4.147,17	€ 4.902,97	€ 6.481,88	€ 8.891,40
3	€ 2.948,65	€ 3.644,63	€ 4.246,86	€ 5.034,42	€ 6.771,16	€ 9.305,50
4	€ 3.044,86	€ 3.743,80	€ 4.377,79	€ 5.323,70	€ 7.208,25	€ 9.720,40
5	€ 3.144,14	€ 3.844,34	€ 4.508,50	€ 5.613,30	€ 7.644,70	€ 10.134,60
6	€ 3.244,05	€ 3.944,46	€ 4.639,32	€ 5.902,90	€ 8.062,60	€ 10.548,70
7	€ 3.343,95	€ 4.044,68	€ 4.770,56	€ 6.191,86	€ 8.477,10	-
8	€ 3.444,39	€ 4.144,38	€ 4.902,97	€ 6.481,88	€ 8.891,40	-
9	€ 3.544,30	€ 4.244,08	€ 5.034,42	€ 6.771,16	-	-

8. § 122 Abs. 4 lautet:

„(4) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
2. Betriebspensionsgesetz - BPG, BGBl. Nr. 282/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
3. Bezügebegrenzungsgesetz - BezBegrBVG, BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. I Nr. 166/2017,
4. Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, BGBl. Nr. 244/1965, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 153/2020,
5. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2021 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 161/2017,
6. Einkommensteuergesetz 1988 - EStG 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
7. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
8. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - GuKG, BGBl. I Nr. 108/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 108/2023,
9. Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 65/2022,
10. Heeresentschädigungsgesetz - HEG, BGBl. I Nr. 162/2015, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
11. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LDG 1984, BGBl. Nr. 302/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023,
12. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LLDG 1985, BGBl. Nr. 296/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
13. Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz), BGBl. Nr. 460/1992, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 82/2022,
14. Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2023,
15. Strafvollzugsgesetz - StVG, BGBl. Nr. 144/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 223/2022,
16. Volksgruppengesetz - VoGrG, BGBl. Nr. 396/1976, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 84/2013,

17. Wehrgesetz 2001 - WG 2001, BGBl. I Nr. 146/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 207/2022,
18. Zivildienstgesetz 1986 - ZDG, BGBl. Nr. 679/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 208/2022.“

9. Dem § 124 wird folgender Abs. 34 angefügt:

„(34) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 4 Abs. 4, § 41 Abs. 4 bis 6 mit 1. Jänner 2024,
2. § 12a Abs. 4, § 35 Abs. 11 und § 122 Abs. 4 mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag,
3. § 5 Abs. 1 mit dem auf die Kundmachung folgenden Monatsersten.“

## **Artikel 5**

### **Änderung des Burgenländischen Landesbeamten-Pensionsgesetzes 2002**

Das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 - LBPG 2002, LGBl. Nr. 103/2002, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, wird wie folgt geändert:

1. In § 47 wird nach Abs. 4q folgender Abs. 4r angefügt:

„(4r) § 790 ASVG ist sinngemäß anzuwenden.“

2. § 114 Abs. 3 lautet:

„(3) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB), JGS Nr. 946/1811, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 175/2021,
2. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
3. Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), BGBl. Nr. 609/1977, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 189/2023,
4. Arbeitsmarktförderungsgesetz - AMFG, BGBl. Nr. 31/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 106/2022,
5. Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG, BGBl. Nr. 459/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
6. Auslandseinsatzgesetz 2001 - AusIEG 2001, BGBl. I Nr. 55/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 102/2019,
7. Bauern-Sozialversicherungsgesetz - BSVG, BGBl. Nr. 559/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 189/2023,
8. Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 - BDG 1979, BGBl. Nr. 333/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
9. Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz - B-KUVG, BGBl. Nr. 200/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 152/2023,
10. Bezügebegrenzungsgesetz - BezBegrBVG, BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. I Nr. 166/2017,
11. Bezübegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 99/2018,
12. Bundesbahn-Pensionsgesetz (BB-PG), BGBl. I Nr. 86/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 134/2023,
13. Bundesbezügegengesetz - BBezG, BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 185/2023,
14. Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/2018,
15. Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 14/2019,
16. Bundestheaterpensionsgesetz - BThPG, BGBl. Nr. 159/1958, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 134/2023,
17. Ehegesetz, dRGI. I S 807/1938, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 59/2017,

18. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 59/2017 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 86/2021,
19. Einkommensteuergesetz 1988 - EStG 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
20. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
21. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz - GSVG, BGBl. Nr. 560/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 189/2023,
22. Heeresgebührengesetz 2001 - HGG 2001, BGBl. I Nr. 31/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 207/2022,
23. Heeresversorgungsgesetz - HVG, BGBl. Nr. 27/1964, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015,
24. Kinderbetreuungsgeldgesetz - KBGG, BGBl. I Nr. 103/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 183/2023,
25. Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 - KOVG 1957, BGBl. Nr. 152/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2021,
26. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LDG 1984, BGBl. Nr. 302/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023,
27. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz - LLDG 1985, BGBl. Nr. 296/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/2023,
28. Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
29. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2021,
30. Pensionsgesetz 1965 - PG 1965, BGBl. Nr. 340/1965, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 134/2023,
31. Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz - SV-EG, BGBl. Nr. 154/1994, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
32. Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2023,
33. Strafvollzugsgesetz - StVG, BGBl. Nr. 144/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 223/2022,
34. Studienförderungsgesetz 1992 - StudFG, BGBl. Nr. 305/1992, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 174/2022,
35. Überbrückungshilfengesetz - ÜHG, BGBl. Nr. 174/1963, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 153/2020,
36. Väter-Karenzgesetz - VKG, BGBl. Nr. 651/1989, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
37. Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 - VfGG, BGBl. Nr. 85/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 88/2023,
38. Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 - VVG, BGBl. Nr. 53/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 14/2022,
39. Wehrgesetz 2001 - WG 2001, BGBl. I Nr. 146/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 207/2022,
40. Zivildienstgesetz 1986 - ZDG, BGBl. Nr. 679/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 208/2022.“

3. Dem § 117 wird folgender Abs. 26 angefügt:

„(26) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 47 Abs. 4r mit 1. Jänner 2024,
2. § 114 Abs. 3 mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag.“



## Artikel 6

### Änderung des Burgenländischen Landesverwaltungsgerichtsgesetzes

Das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz - Bgld. LVwGG, LGBl. Nr. 44/2013, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, wird wie folgt geändert:

1. In § 22 Abs. 2 Z 4 entfällt die Wortfolge „oder § 16“.

2. Die Tabelle in § 24 Abs. 4 lautet:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe R
	Euro
1	€ 5.492,70
2	€ 5.492,70
3	€ 5.894,30
4	€ 6.536,83
5	€ 7.300,05
6	€ 7.953,70
7	€ 8.387,10
8	€ 8.744,00
9	€ 8.869,90

3. § 34 Abs. 4 entfällt.

4. In § 37 wird nach Abs. 1 folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Das Landesverwaltungsgericht darf die zur Ausübung seiner justiziellen Tätigkeit und zur Wahrnehmung der ihm sonst gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten Dritter verarbeiten.“

5. Dem § 37 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Über Beschwerden von Personen wegen behaupteter Verletzung ihrer Rechte nach der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG – Datenschutz - Grundverordnung, ABl. Nr. L 119 vom 04.05.2016 S. 1, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 74 vom 04.03.2021 S. 35 durch das Landesverwaltungsgericht in Ausübung seiner gerichtlichen Zuständigkeiten (Art. 130 Abs. 2a des Bundes-Verfassungsgesetzes - B-VG, BGBl. Nr. 1/1930, in der Fassung BGBl. I Nr. 222/2022) entscheidet das Landesverwaltungsgericht durch Senat. § 85 Abs. 3 bis 5 erster Satz GOG, RGBl. Nr. 217/1896, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 77/2023, gilt sinngemäß.“

6. Dem § 39 wird folgender Abs. 19 angefügt:

„(19) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 24 Abs. 4 mit 1. Jänner 2024,

2. § 22 Abs. 2 Z 4, § 34, § 37 Abs. 1a und 7 mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag.“

## Artikel 7

### Änderung des Burgenländischen Landesbezügegesetzes

Das Burgenländische Landesbezügegesetz - Bgld. LBG, LGBl. Nr. 12/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 17/2023, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift zu § 2 lautet:

**„Ausgangsbeträge“**

2. § 2 Abs. 2 lautet:

„(2) Der Ausgangsbetrag für den Benützungsbetrag gemäß § 8 Abs. 2 sowie die Vergütung für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 und 2 beträgt 10 830,21 Euro.“

3. In § 2 wird nach Abs. 2 folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Anpassung des Ausgangsbetrages richtet sich nach § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.“

4. In § 3 Abs. 1 wird die Wortfolge „nach § 2“ durch die Wortfolge „nach § 2 Abs. 1“ ersetzt.

5. In § 8 Abs. 2 wird die Wortfolge „nach § 2“ durch die Wortfolge „nach § 2 Abs. 2“ ersetzt.

6. In § 9 Abs. 1 und 2 wird jeweils die Wortfolge „nach § 2“ durch die Wortfolge „nach § 2 Abs. 2“ ersetzt.

7. § 17 Z 1 bis 5 lautet:

- „1. Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. I Nr. 166/2017,
2. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
3. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 88/2023,
4. Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz (Unv-Transparenz-G), BGBl. Nr. 330/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 70/2021,
5. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz - GSVG, BGBl. Nr. 560/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 189/2023.“

8. Dem § 18 werden folgende Abs. 14 und 15 angefügt:

„(14) Die in § 2 Abs. 3 vorgesehene Anpassung des Ausgangsbetrags gemäß § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre entfällt bis 31. Dezember 2024.

(15) §§ 2, 3, 8, 9, 17 und 18 Abs. 14 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. Jänner 2024 in Kraft.“

## Artikel 8

### Änderung des Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes 2014

Das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 - Bgld. GemBG 2014, LGBl. Nr. 42/2014, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Eintrag zu § 113a wird folgender Eintrag eingefügt:

„§ 113b Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt“

b) Nach dem Eintrag zu § 133r werden folgende Einträge eingefügt:

**„IVb. Hauptstück**

**Sonderbestimmungen für Gemeindeamtsleiterinnen und Gemeindeamtsleiter ab 1. Jänner 2024**

§ 133s Anwendungsbereich

§ 133t Bezüge

§ 133u Monatsentgelt des Entlohnungsschemas av

§ 133v Einreihungsvoraussetzungen“

c) Der Eintrag „IXa. Hauptstück Verfall von Erholungsurlaub“ entfällt.

d) Der Eintrag „§ 157q Urlaubsverfall“ wird durch den Eintrag „§ 157q Besoldungsreform für Amtsleiterinnen und Amtsleiter 2024 – Option durch Erklärung“ ersetzt.

2. Die Tabelle in § 57 lautet:

Entlohnungs- stufe	Entlohnungsgruppe				
	gv1	gv2	gv3	gv4	gv5
1	€ 4.601,59	€ 3.592,30	€ 2.992,90	€ 2.824,46	€ 2.743,64
2	€ 4.815,76	€ 3.734,48	€ 3.060,03	€ 2.865,10	€ 2.776,58

3	€ 5.029,94	€ 3.876,66	€ 3.128,63	€ 2.905,85	€ 2.809,52
4	€ 5.243,88	€ 4.018,95	€ 3.197,12	€ 2.946,38	€ 2.842,23
5	€ 5.436,10	€ 4.161,24	€ 3.265,94	€ 2.986,79	€ 2.875,17
6	€ 5.625,20	€ 4.303,65	€ 3.334,88	€ 3.027,43	€ 2.908,00
7	€ 5.814,50	€ 4.445,60	€ 3.403,37	€ 3.068,18	€ 2.940,83
8	€ 6.003,50	€ 4.588,00	€ 3.472,19	€ 3.109,39	€ 2.974,00
9	€ 6.192,60	€ 4.730,07	€ 3.540,90	€ 3.151,27	€ 3.006,71
10	€ 6.381,80	€ 4.872,48	€ 3.609,50	€ 3.192,59	€ 3.039,54
11	€ 6.452,90	€ 5.014,54	€ 3.678,33	€ 3.233,91	€ 3.072,48
12	-	€ 5.103,63	€ 3.729,72	€ 3.265,38	€ 3.097,84

3. Die Tabelle in § 58 Abs. 1 lautet:

Entlohnungs- stufe	Entlohnungsgruppe				
	gh1	gh2	gh3	gh4	gh5
1	€ 2.936,42	€ 2.832,95	€ 2.789,14	€ 2.743,64	€ 2.695,30
2	€ 2.996,53	€ 2.882,76	€ 2.831,03	€ 2.776,58	€ 2.713,86
3	€ 3.056,63	€ 2.932,68	€ 2.873,93	€ 2.809,52	€ 2.731,86
4	€ 3.117,99	€ 2.982,71	€ 2.916,38	€ 2.842,23	€ 2.750,20
5	€ 3.179,68	€ 3.032,75	€ 2.958,72	€ 2.875,17	€ 2.768,20
6	€ 3.241,26	€ 3.082,67	€ 3.001,17	€ 2.908,00	€ 2.786,54
7	€ 3.302,96	€ 3.133,72	€ 3.043,62	€ 2.940,83	€ 2.804,65
8	€ 3.364,65	€ 3.184,66	€ 3.086,52	€ 2.974,00	€ 2.822,88
9	€ 3.426,12	€ 3.235,83	€ 3.129,87	€ 3.006,71	€ 2.841,10
10	€ 3.487,70	€ 3.286,88	€ 3.173,34	€ 3.039,54	€ 2.859,33
11	€ 3.549,17	€ 3.337,82	€ 3.216,70	€ 3.072,48	€ 2.877,67
12	€ 3.595,47	€ 3.376,08	€ 3.249,07	€ 3.097,84	€ 2.891,14

4. Der bisherige Wortlaut des § 59 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Abs. 2 wird angefügt:

(2) Vom Monatsentgelt im Sinne des Abs. 1 ist jener Anteil in Abzug zu bringen, mit denen die zeitlichen Mehrleistungen abgegolten werden.

5. In § 61 Abs. 1 wird der Betrag „14,50“ durch den Betrag „15,60“ ersetzt.

6. Dem § 68 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Wurde bei Gemeindebediensteten anlässlich der Überstellung in die Entlohnungsgruppe gv1 oder bei der erstmaligen Einreihung in diese Entlohnungsgruppe ein Vorbildungsausgleich abgezogen, ist mit Wirksamwerden einer Optionserklärung gemäß § 157q ihr Besoldungsdienstalter um die zuvor in Abzug gebrachten Zeiten zu verbessern. Anlässlich einer erneuten (Rück-) Überstellung in die Entlohnungsgruppe gv1 ist dieser Vorbildungsausgleich neuerlich abzuziehen.“

7. Dem § 69 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Die Abs. 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn die Überstellung nach § 133s Abs. 3 oder § 133v erfolgt.“

8. In § 92 Abs. 3 Z 1 wird die Wortfolge „einer Dienstfreistellung gemäß § 114 oder § 116 Abs. 1“ durch die Wortfolge „einer Dienstfreistellung gemäß §§ 113b, 114 oder 116 Abs. 1“ ersetzt.

9. In § 113a Abs. 1 wird die Wortfolge „oder Pflegefreistellung nach § 113“ durch die Wortfolge „Pflegefreistellung nach § 113 oder eine Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß § 113b“ ersetzt.

10. Nach § 113a wird folgender § 113b eingefügt:

### „§ 113b

#### **Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt**

(1) Gemeindebedienstete, deren eigenes Kind, Stief-, Wahl- oder Pflegekind oder leibliches Kind des anderen Ehegatten, eingetragenen Partners oder Lebensgefährten, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und dem vom zuständigen Träger der Sozialversicherung ein stationärer Aufenthalt im Rahmen einer Rehabilitationseinrichtung bewilligt wurde, haben für die Dauer von höchstens vier Wochen pro Kalenderjahr zum Zweck der notwendigen Begleitung des Kindes Anspruch auf Dienstfreistellung unter Entfall der Bezüge.

(2) Gemeindebedienstete, die eine Freistellung gemäß Abs. 1 in Anspruch nehmen wollen, haben die Bewilligung der Rehabilitation spätestens eine Woche nach deren Zugang dem Dienstgeber unter Bekanntgabe des Beginns und der Dauer der Rehabilitation vorzulegen.

(3) Eine gleichzeitige Inanspruchnahme der Freistellung durch beide Elternteile ist nicht zulässig, es sei denn, dass die Teilnahme beider Elternteile therapeutisch notwendig ist und vom zuständigen Sozialversicherungsträger bewilligt wurde. Im Fall der gleichzeitigen Inanspruchnahme der Freistellung darf deren Dauer insgesamt höchstens vier Wochen betragen. Die Freistellung kann zwischen den Betreuungspersonen geteilt werden, wobei ein Teil mindestens eine Woche zu betragen hat.

(4) Bei einem Nichtantritt der Rehabilitationsmaßnahme durch das Kind ist der Dienstgeber zu verständigen.

(5) Die Inanspruchnahme einer Freistellung nach § 71 Abs. 7, § 113, § 133k Abs. 7 oder anderen Freistellungsmöglichkeiten wegen Dienstverhinderung in Kombination mit einer Freistellung gemäß Abs. 1 ist für diesen Anlassfall nicht zulässig.

(6) Auf die Zeit der Dienstfreistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt gemäß Abs. 1 Z 3 ist § 109 Abs. 2 anzuwenden.“

11. In § 127 Abs. 7 wird das Wort „oder“ am Ende der Z 5 durch einen Beistrich ersetzt und am Ende der Z 6 wird ein Beistrich eingefügt; folgende Z 7 wird angefügt:

„7. einer Freistellung zur Begleitung eines Kindes bei Rehabilitationsaufenthalt nach § 113b“

12. In § 127 Abs. 9 wird das Zitat „Abs. 7 Z 4 bis 6“ durch das Zitat „Abs. 7 Z 4 bis 7“ ersetzt.

13. § 131 Abs. 3 lautet:

„(3) Abweichend von Abs. 1 und 2 gebührt im Fall eines unberechtigten vorzeitigen Austritts keine Ersatzleistung für die fünfte und sechste Woche des Anspruchs auf Erholungsurlaub aus dem laufenden Urlaubsjahr.“

14. In § 131 Abs. 7 wird das Zitat „Abs. 1, 2, 5 und 6“ durch das Zitat „Abs. 1, 2, 3, 5 und 6“ ersetzt.

15. Die Tabelle in § 133g lautet:

Entlohnungs- stufe	Entlohnungsgruppe				
	bv1	bv2	bv3	bv4	bv5
1	€ 4.984,36	€ 4.171,93	€ 3.236,56	€ 3.200,34	€ 3.176,20
2	€ 5.102,85	€ 4.290,07	€ 3.250,27	€ 3.200,34	€ 3.176,20
3	€ 5.221,20	€ 4.369,53	€ 3.263,98	€ 3.200,34	€ 3.176,20
4	€ 5.322,30	€ 4.447,94	€ 3.277,70	€ 3.200,34	€ 3.176,20
5	€ 5.423,40	€ 4.527,52	€ 3.291,41	€ 3.200,34	€ 3.176,20
6	€ 5.524,50	€ 4.605,81	€ 3.305,24	€ 3.200,34	€ 3.176,20
7	€ 5.625,60	€ 4.685,38	€ 3.318,95	€ 3.200,34	€ 3.176,20
8	€ 5.726,70	€ 4.763,79	€ 3.332,66	€ 3.200,34	€ 3.176,20
9	€ 5.827,80	€ 4.803,52	€ 3.346,37	€ 3.200,34	€ 3.176,20
10	€ 5.928,90	€ 4.803,52	€ 3.360,20	€ 3.200,34	€ 3.176,20
11	€ 6.030,00	€ 4.803,52	€ 3.373,92	€ 3.200,34	€ 3.176,20
12	€ 6.131,10	€ 4.803,52	€ 3.387,63	€ 3.200,34	€ 3.176,20

16. Die Tabelle in § 133i Abs. 1 lautet:

Entlohnungs- stufe	Entlohnungsgruppe				
	bh1	bh2	bh3	bh4	bh5
1	€ 3.312,39	€ 3.208,78	€ 3.176,20	€ 3.176,20	€ 3.176,20
2	€ 3.404,04	€ 3.267,85	€ 3.236,56	€ 3.236,56	€ 3.176,20
3	€ 3.466,74	€ 3.328,09	€ 3.296,80	€ 3.296,80	€ 3.176,20
4	€ 3.528,15	€ 3.387,16	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
5	€ 3.589,68	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
6	€ 3.651,21	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
7	€ 3.682,50	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
8	€ 3.682,50	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
9	€ 3.682,50	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
10	€ 3.682,50	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
11	€ 3.682,50	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20
12	€ 3.682,50	€ 3.447,40	€ 3.357,04	€ 3.296,80	€ 3.176,20

17. Die Tabelle in § 133j Abs. 1 lautet:

Entlohnungs- stufe	Entlohnungsgruppe		
	kb1	kb2	kb3
1	€ 3.640,31	€ 3.344,97	€ 3.200,34
2	€ 3.711,45	€ 3.344,97	€ 3.200,34
3	€ 3.778,96	€ 3.363,02	€ 3.200,34
4	€ 3.851,27	€ 3.363,02	€ 3.200,34
5	€ 3.918,78	€ 3.363,02	€ 3.200,34
6	€ 3.989,92	€ 3.381,18	€ 3.200,34
7	€ 4.058,60	€ 3.381,18	€ 3.200,34
8	€ 4.128,45	€ 3.381,18	€ 3.200,34
9	€ 4.197,25	€ 3.399,23	€ 3.200,34
10	€ 4.267,10	€ 3.399,23	€ 3.200,34
11	€ 4.338,24	€ 3.399,23	€ 3.200,34
12	€ 4.406,92	€ 3.417,28	€ 3.200,34

18. Nach § 133r wird folgendes IVb. Hauptstück samt Überschriftsbezeichnung eingefügt:

### „IVb. HAUPTSTÜCK

#### Sonderbestimmungen für Gemeindeamtsleiterinnen und Gemeindeamtsleiter ab 1. Jänner 2024

#### § 133s

#### Anwendungsbereich

(1) Dieses Hauptstück ist auf Personen anzuwenden,

1. deren privatrechtliches Dienstverhältnis zu einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer Verwaltungsgemeinschaft nach dem 31. Dezember 2023 begründet worden ist und nach diesem Zeitpunkt zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes gemäß § 18 bestellt worden ist, oder
2. deren privatrechtliches Dienstverhältnis zu einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer Verwaltungsgemeinschaft vor dem 1. Jänner 2024 bestanden hat und ab diesem Zeitpunkt zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes gemäß § 18 bestellt worden ist und die eine Erklärung gemäß § 157q (Option durch Erklärung) abgeben, oder
3. die vor dem 1. Jänner 2024 zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes gemäß § 18 bestellt waren und die eine Erklärung gemäß § 157q (Option durch Erklärung) abgeben.

(2) Auf Gemeindebedienstete im Sinne des Abs. 1 sind die Bestimmungen dieses Gesetzes anzuwenden, soweit das IVb. Hauptstück nichts anderes bestimmt.

(3) Im Fall der Abberufung (§ 20) findet das IVb. Hauptstück keine Anwendung. § 20 Abs. 2 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die oder der Bedienstete in eine Entlohnungsgruppe jenes Entlohnungsschemas (rück-) zu überstellen ist, welche sich nach dem III. bzw. IVa. Hauptstück oder dem II. Teil des Gemeindebedienstetengesetzes 1971 und der dienstrechtlichen Stellung ergibt.

### § 133t

#### Bezüge

(1) Personen, auf die dieses Hauptstück Anwendung findet, sind kraft Gesetzes in das Entlohnungsschema av einzureihen.

(2) Mit dem Monatsentgelt sind alle zeitlichen Mehrleistungen (§§ 76 bis 80 bzw. §§ 133e, 133m bis 133o), ausgenommen der Trauungsentschädigung (§ 88a), abgegolten, wobei folgende Prozentsätze des Monatsentgelts als Abgeltung gelten:

Entlohnungsgruppe	Prozentsatz
av5	8%
av4	11%
av3	15%
av2	19%
av1	19%

(3) § 62 findet keine Anwendung.

### § 133u

#### Monatsentgelt des Entlohnungsschemas av

Das Monatsentgelt der vollbeschäftigten Gemeindebediensteten des Entlohnungsschemas av beträgt:

Entlohnungs- stufe	Entlohnungsgruppe				
	av1	av2	av3	av4	av5
1	€ 6.673,68	€ 6.279,87	€ 5.911,28	€ 5.574,45	€ 5.256,32
2	€ 6.740,74	€ 6.340,00	€ 5.965,13	€ 5.622,67	€ 5.299,36
3	€ 6.874,86	€ 6.460,26	€ 6.072,83	€ 5.719,10	€ 5.385,43
4	€ 7.008,97	€ 6.580,52	€ 6.180,53	€ 5.815,53	€ 5.471,50
5	€ 7.143,09	€ 6.700,78	€ 6.288,23	€ 5.911,96	€ 5.557,57
6	€ 7.344,27	€ 6.881,17	€ 6.449,78	€ 6.056,61	€ 5.686,68
7	€ 7.478,38	€ 7.001,42	€ 6.557,49	€ 6.153,05	€ 5.772,76
8	€ 7.612,50	€ 7.121,68	€ 6.665,19	€ 6.249,48	€ 5.858,83
9	€ 7.813,68	€ 7.302,07	€ 6.826,74	€ 6.394,13	€ 5.987,94
10	€ 7.947,79	€ 7.422,33	€ 6.934,44	€ 6.490,56	€ 6.074,01
11	€ 8.081,91	€ 7.542,59	€ 7.042,14	€ 6.586,99	€ 6.160,08
12	€ 8.148,97	€ 7.602,72	€ 7.095,99	€ 6.635,21	€ 6.203,12

### § 133v

#### Einreihungsvoraussetzungen

(1) Gemeindeamtsleiterinnen oder Gemeindeamtsleiter sind in die Entlohnungsgruppe einzureihen:

in die Entlohnungsgruppe	in Gemeinden
av5	bis 1000 Einwohner
av4	von 1001 bis 2000 Einwohner
av3	von 2001 bis 3500 Einwohner
av2	von 3501 bis 5000 Einwohner
av1	ab 5001 Einwohner

Gemeindeamtsleiterinnen oder Gemeindeamtsleiter von Bezirksvororten sind jedenfalls in die Entlohnungsgruppe av1 einzureihen. Die Ermittlung der Einwohnerzahl richtet sich nach § 25 des Burgenländischen Gemeindebezügegesetzes.

(2) In die gemäß der Einwohnerzahl der Gemeinde nach nächsthöheren Entlohnungsgruppe sind Leiterinnen und Leiter von Gemeindeämtern einzureihen, die auf Grund des Umfangs der

Gemeindeschäfte im Hinblick auf die wirtschaftliche, touristische oder kulturelle Bedeutung der Gemeinde ein besonderes Maß an Verantwortung für die Führung der Gemeindeschäfte zu tragen haben und diese Verantwortung über dem Maß an Verantwortung liegt, das Leiterinnen und Leiter von Gemeindeämtern in Gemeinden der gleichen Entlohnungsgruppe zu tragen haben. Dies trifft auf folgende Leiterinnen und Leiter von Gemeindeämtern zu:

1. Leiterinnen und Leiter von Gemeindeämtern jener Gemeinden, die nach der Anlage A zur Verordnung der Burgenländischen Landesregierung, mit der ein Landesentwicklungsprogramm 2011 erlassen wird (LEP 2011), LGBl. Nr. 71/2011, als
  - a) Zentrale Standorte der Stufen 1 bis 3 (Z 3.1.2.2., 3.1.2.3. und 3.1.2.4. der Anlage A) oder
  - b) Betriebs-, Gewerbe- und Industriestandorte oder Industriekernzonen (Z 3.1.3.3. und 3.1.3.5. der Anlage A) oder
  - c) touristische Aufenthaltsstandorte der Stufe 2 (Z 3.1.4.2. der Anlage A)
 gelten;
2. Leiterinnen und Leiter von Gemeindeämtern jener Gemeinden, die gemäß § 1 der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung über die Einteilung der Gemeinden in Ortsklassen, LGBl. Nr. 77/2012, in die Ortsklasse I eingestuft sind.

(3) In die gemäß der Einwohnerzahl des Gemeindeverbandes oder der Verwaltungsgemeinschaft nach nächsthöheren Entlohnungsgruppe sind Leiterinnen und Leiter von Ämtern von Gemeindeverbänden einzureihen, mit Ausnahme der in den Anwendungsbereich des VIII. Hauptstückes fallenden Gemeindeverbände, und Verwaltungsgemeinschaften. In diesen Fällen ist Abs. 2 nicht anzuwenden. Leiterinnen und Leitern von Ämtern der in den Anwendungsbereich des VIII. Hauptstückes fallenden Gemeindeverbände sind jedoch höchstens in die Entlohnungsgruppe av4 einzureihen.

(4) In die gemäß der Einwohnerzahl der Gemeinde nach nächsthöheren Entlohnungsgruppe sind Leiterinnen und Leiter von Gemeindeämtern einzureihen, wenn die Gemeinde aus mindestens drei Ortsteilen besteht.“

19. Die Tabelle in § 150c Abs. 1 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe	
	l2b1	l3
	Euro	
1	€ 2.803,15	€ 2.571,40
2	€ 2.843,92	€ 2.604,19
3	€ 2.885,79	€ 2.636,87
4	€ 2.929,88	€ 2.669,77
5	€ 3.027,70	€ 2.711,76
6	€ 3.146,13	€ 2.776,90
7	€ 3.266,54	€ 2.859,10
8	€ 3.385,63	€ 2.945,61
9	€ 3.505,28	€ 3.034,79
10	€ 3.624,81	€ 3.126,63
11	€ 3.778,90	€ 3.218,69
12	€ 3.944,30	€ 3.310,97
13	€ 4.109,47	€ 3.404,35
14	€ 4.274,20	€ 3.514,69
15	€ 4.424,97	€ 3.642,86
16	€ 4.575,74	€ 3.770,37
17	€ 4.737,48	€ 3.897,33
18	€ 4.890,80	€ 4.024,72
19	€ 4.928,36	€ 4.088,42

20. Die Tabelle in § 151 lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe	
	gb1	gb2
	Euro	

1	€ 3.401,44	€ 3.094,33
2	€ 3.535,02	€ 3.165,87
3	€ 3.668,71	€ 3.237,41
4	€ 3.802,28	€ 3.308,62
5	€ 3.936,42	€ 3.380,16
6	€ 4.069,89	€ 3.451,70
7	€ 4.203,69	€ 3.523,13
8	€ 4.337,15	€ 3.594,67
9	€ 4.470,96	€ 3.666,10
10	€ 4.604,76	€ 3.737,42
11	€ 4.738,33	€ 3.808,96
12	€ 4.821,99	€ 3.862,51

21. Die Tabelle in § 151c Abs. 1a lautet:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe gb3
	Euro
1	€ 2.824,46
2	€ 2.865,10
3	€ 2.905,85
4	€ 2.946,38
5	€ 2.986,79
6	€ 3.027,43
7	€ 3.068,18
8	€ 3.109,39
9	€ 3.151,27
10	€ 3.192,59
11	€ 3.233,91
12	€ 3.265,38

22. Das IXa. Hauptstück samt Überschrift entfällt.

23. § 157q lautet:

#### „§ 157q

##### **Besoldungsreform für Amtsleiterinnen und Amtsleiter 2024 - Option durch Erklärung**

(1) Gemeindebedienstete, die in einem ungekündigten privatrechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer Verwaltungsgemeinschaft stehen und

1. auf die das Burgenländische Gemeindebedienstetengesetz 2014 oder
2. der II. Teil des Gemeindebedienstetengesetzes 1971

anzuwenden ist und deren privatrechtliches Dienstverhältnis zu einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer Verwaltungsgemeinschaft vor dem 1. Jänner 2024 bestanden hat und die ab diesem Zeitpunkt zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes gemäß § 18 bestellt werden sowie vor dem 1 Jänner 2024 gemäß § 18 bestellte Leiterinnen oder Leiter des Gemeindeamtes können gegenüber dem Dienstgeber schriftlich erklären, dass auf ihr Dienstverhältnis das IVb. Hauptstück Anwendung finden soll.

(2) Die Erklärung kann nicht widerrufen werden und ist nur einmal zulässig. Die Beifügung einer Bedingung führt zur Unwirksamkeit der Erklärung. Wird die Erklärung von Gemeindebediensteten abgegeben, die in den Anwendungsbereich des § 133s Abs. 1 Z 2 fallen, wird die Erklärung mit dem auf die Abgabe folgenden Monatsersten wirksam; wird die Bestellung ab einem Monatsersten wirksam, ab diesem Tag. Gemeindebedienstete, die im Kalenderjahr 2024 zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes gemäß § 18 bestellt werden, können erklären, dass ihre oder seine Option (rückwirkend) mit der Bestellung zur Gemeindeamtsleiterin oder Gemeindeamtsleiter wirksam wird. Wird die Erklärung



von Gemeindebediensteten abgegeben, die in den Anwendungsbereich des § 133s Abs. 1 Z 3 fallen, kann die Gemeindeamtsleiterin oder der Gemeindeamtsleiter im Kalenderjahr 2024 erklären, dass ihre oder seine Option rückwirkend, frühestens jedoch mit 1. Jänner 2024, wirksam werden soll. Eine nach dem Kalenderjahr 2024 abgegebene Erklärung wird mit dem auf die Abgabe folgenden Monatsersten wirksam.

(3) Mit der Wirksamkeit der Erklärung ist das IVb. Hauptstück anzuwenden. Die Ausübung des Optionsrechts bewirkt keine Beendigung des bisherigen und keine Begründung eines neuen Dienstverhältnisses, sondern lediglich eine inhaltliche Änderung des bestehenden Dienstverhältnisses. Den optierenden Gemeindebediensteten ist ein schriftlicher Nachtrag zum geltenden Dienstvertrag auszufolgen.

(4) Ergibt sich aufgrund der Bestimmungen des IVb. Hauptstückes eine Änderung der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der optierenden Gemeindebediensteten, dann ist diese von Amts wegen durchzuführen.

(5) Im Fall einer Option richtet sich die Einstufung und die nächste Vorrückung nach dem Besoldungsdienstalter.

(6) Mit Wirksamkeit der Optionserklärung findet § 4 GemBÜG 2014 sinngemäß auf die Optanten Anwendung.“

24. § 158 Abs. 2 lautet:

„(2) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
2. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 88/2023,
3. Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), BGBl. Nr. 609/1977, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2022,
4. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 - APSG, BGBl. Nr. 683/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 78/2021,
5. Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG, BGBl. Nr. 459/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
6. Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG), BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 185/2022,
7. Betriebspensionengesetz - BPG, BGBl. Nr. 282/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
8. Gesetz über das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung - BAK-G, BGBl. I Nr. 72/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2023,
9. Bundespflegegeldgesetz - BPGG, BGBl. Nr. 110/1993, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 170/2023,
10. Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2021 und der Kundmachung BGBl. I Nr. 161/2017,
11. Einkommensteuergesetz 1988 - EStG 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
12. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
13. Gehaltsgesetz 1956 - GehG, BGBl. Nr. 54/1956, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023,
14. Heeresentschädigungsgesetz - HEG, BGBl. I Nr. 162/2015, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2018,
15. Heeresversorgungsgesetz - HVG, BGBl. Nr. 27/1964, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015,
16. Hochschulgesetz 2005, BGBl. I Nr. 30/2006, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 227/2022,
17. Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 - KOVG 1957, BGBl. Nr. 152/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
18. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LDG 1984, BGBl. Nr. 302/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 116/2023,

19. Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023,
20. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 215/2022,
21. Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023,
22. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023,
23. Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2023,
24. Strafprozeßordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 182/2023,
25. Strafregistergesetz 1968, BGBl. Nr. 277/1968, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 223/2022,
26. Universitätsgesetz 2002 - UG, BGBl. I Nr. 120/2002, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2023,
27. Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz (Unv-Transparenz-G), BGBl. Nr. 330/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 70/2021,
28. Vertragsbedienstetengesetz 1948 - VBG, BGBl. Nr. 86/1948, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023,
29. Volksgruppengesetz - VoGrG, BGBl. Nr. 396/1976, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 84/2013,
30. Wehrgesetz 2001 - WG 2001, BGBl. I Nr. 146/2001, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 207/2022,
31. Zivildienstgesetz 1986 - ZDG, BGBl. Nr. 679/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 208/2022,
32. Zustellgesetz - ZustG, BGBl. Nr. 200/1982, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 205/2022.“

25. Dem § 162 wird folgender Abs. 29 angefügt:

„(29) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. das Inhaltsverzeichnis, das IVb. Hauptstück, §§ 57, 58 Abs. 1, § 68 Abs. 7, § 69 Abs. 4, § 133g, 133i, 133j, 150c Abs. 1, §§ 151, 151c Abs. 1a, § 157q mit 1. Jänner 2024,
2. § 92 Abs. 3, § 113a Abs. 1, § 113b, § 127 Abs. 7 und 9, § 131 Abs. 3 und 7, § 158 Abs. 2 mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag,
3. § 61 Abs. 1 mit dem auf die Kundmachung folgenden Monatsersten.“

## **Artikel 9**

### **Änderung des Gemeindebediensteten-Überleitungsgesetzes 2014**

Das Gemeindebediensteten-Überleitungsgesetz 2014 – GemBÜG 2014, LGBl. Nr. 44/2014, wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Text des § 7 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Die Erklärung nach Abs. 1 kann abweichend der Bestimmung des § 1 Abs. 2 unbefristet abgegeben werden. Diese Erklärung gilt als Optionserklärung nach § 157q Bgld. GemBG 2014.“

2. Der bisherige Text des § 13 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) § 7 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx tritt mit 1. Jänner 2024 in Kraft.“

## **Artikel 10**

### **Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes 1971**

Das Gemeindebedienstetengesetz 1971, LGBl. Nr. 13/1972, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 35/2023, wird wie folgt geändert:

1. In § 32 wird nach Abs. 1 folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Sofern auf Leiterinnen oder Leiter des Gemeindeamtes aufgrund einer Erklärung (§ 157q Bgld. GemBG 2014) die Bestimmungen des IVb. Hauptstückes des Bgld. GemBG 2014 Anwendung finden, gebühren der oder dem Bediensteten abweichend von Abs. 1 die Verwaltungsdienstzulage (§ 20 Abs. 1 Bgld. LVVG 2013), die Ergänzungszulage (§ 20 Abs. 1 Bgld. LVVG 2013), die Personalzulage (§ 33 LBBG 2001) und die Bildschirmzulage (§ 115 LBBG 2001) nicht.“

2. § 46 Abs. 2 lautet:

„(2) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt wird, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung und mit folgendem Titel anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 200/2023,
2. Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 - VVG, BGBl. Nr. 53/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 14/2022,
3. Betriebspensionengesetz - BPG, BGBl. Nr. 282/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2018,
4. Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 115/2023.“

3. Dem § 47 wird folgender Abs. 11 angefügt:

(11) § 32 Abs. 1a und § 46 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. Jänner 2024 in Kraft.“

## **Artikel 11**

### **Änderung des Objektivierungsgesetzes**

Das Objektivierungsgesetz, LGBl. Nr. 56/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 19/2023, wird wie folgt geändert:

1. In § 12 Abs. 1 wird nach der Wortfolge „hat eine öffentliche Ausschreibung“ die Wortfolge „,sofern Abs. 4 nichts anderes bestimmt,“ eingefügt.

2. Dem § 12 werden folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

„(4) Die Landesamtsdirektorin oder der Landesamtsdirektor, ihre oder seine Stellvertreterin oder ihre oder sein Stellvertreter, sind für die Dauer der Funktionsperiode der Landesregierung zu bestellen. Im Falle einer Weiterbestellung ist keine öffentliche Ausschreibung erforderlich.

(5) Bis zu einer allfälligen Neubestellung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers hat die Landesamtsdirektorin oder der Landesamtsdirektor bzw. ihre oder seine Stellvertreterin oder ihre oder sein Stellvertreter ihre oder seine Funktion weiter auszuüben.“

3. Dem § 15 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) § 12 Abs. 1, 4 und 5 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“